

Aktuelle Frage von Alfons Velz an MP Karl-Heinz Lambertz  
Plenarsitzung vom 19.11.2012

Es gilt das gesprochene Wort

### **Zusammenarbeit Wallonie-Brüssel**

Sehr geehrter Herr Präsident,  
werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament,

Aus einer Pressemitteilung der Agentur *Belga* vom 25. Oktober geht hervor, dass die vier wallonischen Parteien, welche die Staatsreform unterstützen, die Kommission Wallonie-Bruxelles um Anhörungen bitten wollen, um die Übernahme neuer Zuständigkeiten im Zuge der sechsten Staatsreform bestmöglich vorbereiten zu können.

In dem Communiqué ist ausdrücklich die Rede davon, dass man mehreren – nicht näher definierten – gliedstaatlichen Einheiten (“entités fédérées”) bestimmte gemeinsame Prinzipien und Wege der Zusammenarbeit vorschlagen wolle, um – wie es wörtlich heißt – „die Verbindung zwischen der Wallonie und Brüssel zu verstärken und den Bürgern das Leben zu vereinfachen.“

Meine Frage an den Herrn Ministerpräsidenten Lambertz lautet in diesem Zusammenhang:

Ist die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft über diese Absichten informiert bzw. in diese Überlegungen mit einbezogen worden? Wenn nicht, besteht dann nicht eine gewisse Gefahr, durch diese

verstärkte Zusammenarbeit Wallonie-Brüssel ähnlich wie bei gewissen Abkommen zwischen Wallonischer Region und Französischer Gemeinschaft vergessen oder benachteiligt zu werden?

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.